

◦ Aus Malta mit v. 3. d. M. gemeldet:
Admiral Parker ist am Borde seines Admiralschiffes
heute hier angekommen.

Wien, 23. März. Gestern Nachmittags 2 Uhr rückte ein Theil der hiesigen Garnison unter dem Commando des Herrn Brigade-Generals v. Degenfeld vor Sr. Maj. dem Kaiser und J. k. Hoh. den russischen Großfürsten am Josephstädter Glacis aus, um vor a. h. Denselben zu manövriren. Zuerst exercirte die Brigade Degenfeld im Feuer, und wurden die sämmtlichen Bewegungen des Exercier-Reglements für größere Körper durchgemacht. Sodann manövrirten zwei Batterien, die mit Materiale nach der neuen Vorschrift versehen waren.

— Die Großfürsten Nicolaus und Michael von Rußland werden erst am 22. April in Venedig eintreffen. In der Zwischenzeit werden J. k. Hoheiten eine Reise nach Süddeutschland unternehmen und sich erst nach deren Beendigung über Tirol nach Italien begeben. Die Großfürstin Alexandra wird in Venedig ihre Ankunft abwarten und dann in ihrer Gesellschaft die Lombardie, vorzüglich den Comersee besuchen.

— Das k. k. Unterrichtsministerium hat verordnet, daß die wiederholte Reprobation bei einer und derselben Staatsprüfung, ebenso wie zwei Reprobationen bei zwei verschiedenen Abtheilungen der theoretischen Staatsprüfung, unbedingt den Verlust des Stipendiums nach sich ziehen. Bei einer ersten Reprobation tritt dieser Verlust nur dann ein, wenn der Candidat mit Stimmeneinhelligkeit reprobiert wurde.

— Dem Vernehmen nach ist bis zum Ende des Finanzjahres vollkommene Vorsehung für die Deckung aller Staatsbedürfnisse im In- und Auslande getroffen worden, ohne daß die Verwaltung durch Ankauf von Wechseln an der Wiener Börse oder durch eine andere derartige Operation nachtheilig auf die Valuta einwirkte.

— Nicht uninteressant dürfte die Mittheilung seyn, daß die Zahl der an Private in diesem Jahre in Oberösterreich abgegebenen Geldsendungen 82.000 Stücke, im Werthe von 19.383.000 fl. C.M. betrug, eine Empfangssumme, die auf den Verkehr immerhin einen sehr günstigen Schluß zuläßt. An Frachtsendungen wurden in demselben Jahre 32.000 Päckchen, im Gewichte von 136.000 Pfund, an Private abgegeben, und 11.600 Passagiere in Oberösterreich bei ararischen Fahrten aufgenommen.

— Dem „Salzburger Corresp.“ wird aus Wien geschrieben: Man sieht hier in den nächsten Tagen der Rundmachung wichtiger Organisationsbestimmungen entgegen. Wir vernehmen, daß die auf Grundlage der allgemeinen Grundsätze vom 31. December v. J. für die organische Einrichtung in den einzelnen Kronländern ausgeführten Institutionen dahin gereift seyen, daß binnen kurzer Zeit die Zusammenfassung der neuen Gerichtseinführungscommission zu erwarten stehe. An die Stelle der Handels- und Gewerbekammer werden, wie verlautet, in bessere Uebereinstimmung mit dem durch die a. h. Patente vom 31. December angebahnten System, industrielle und gewerbliche Beiräthe gesetzt werden. Die k. k. Hofbibliothek wird reorganisiert, und werden bei diesem Anlasse nicht nur die Räume derselben entsprechend erweitert, sondern es wird auch der Stand des fungirenden Personals angemessen vermehrt werden. Der dießfällige Entwurf ist im k. k. Finanzministerium bereits dem Referate zugewiesen.

— In Salzburg hat sich das seit dem Jahre 1848 bestandene provisorische Landes-Comité aufgelöst. Dasselbe war bestimmt, der Vorläufer eines künftigen Landtages zu seyn.

— In Klagenfurt wurde am 20. d. ein zum Tode verurtheilter Soldat vom Regimente Baron Wimpffen begnadigt. Derselbe heißt Giuseppe Leoni, ist 33 Jahre alt, und war im Jahre 1849 als Malvivent zum Militär gestellt. Er war seit jener Zeit fünf Mal desertirt, drei Mal wurde er abgestraft, das vierte Mal kehrte er in Folge eines erlassenen Generalpardon selbst zurück, und das fünfte Mal wurde er eingebracht und zum Tode verurtheilt. Auf der Richtstätte erhielt er den Pardon. Seine Desertionen waren nämlich durch keine anderen Verbrechen erschwert — und dann bat der Herr Fürst-Bischof und eine Deputation von Damen für ihn beim Herrn Regiments-Commandanten.

— Nach den amtlichen Februarangaben stehen den 133 Eisenbahnstationen der Staatsbahnen 264

Locomotive, 236 Tender, 1376 Personenwagen sammt Axen, 5396 Lastwagen mit Axen als Transportmittel zu Gebote.

— Bezüglich der Schanzarbeitssträflinge wurde vor Kurzem die Verpflegungsgebühr erhöht. Jetzt hat Se. k. k. Maj. mit a. h. Entschließung vom 6. d. M. angeordnet, daß ältere und schwächliche Schanzarbeitssträflinge in den Festungsarresten mit einem Strohsack und auch im Sommer mit einer leichten Decke theilhaft werden dürfen. Diese Maßregel ist in allen Festungen bereits ausgeführt worden.

— Ueber die vorgekommene Frage, ob nebst dem Gebühren-Aequivalente von dem Besitze unbeweglicher, eine Rente gewährender Kirchengüter auch Erwerbungs- oder Eintragsgebühren zu bemessen sind, hat das Finanzministerium entschieden, daß in jenen Kronländern, in welchen öffentliche Bücher über Besitz und Eigenthum unbeweglicher Sachen geführt werden, für die Eintragung des Eigenthumsrechtes, Fruchtgenusses oder Gebrauchsrechtes den Kirchen, Stiftungen, Beneficien, es mögen diese Rechte vor der Wirksamkeit der gedachten Gebührengesetze erworben seyn oder nicht, eine Eintragsgebühr nicht zu bemessen, sondern sich darauf zu beschränken sey, das Gebühren-Aequivalent davon abzunehmen.

— Eingegangenen Nachrichten zu Folge, meldet die „Pr. Z.“, hat sich der Krankheitszustand des Großherzogs von Baden k. Hoh., in einer Weise verschlimmert, welche das baldige Hinscheiden des Fürsten vermuthen läßt.

— Von der bosn. Gränze wird der „Agr. Z.“ betreffs der nach Dalmatien entflohenen 4 Geistlichen gemeldet, daß dieselben mit mehreren anderen Geistlichen und christlichen Einwohnern eine Schrift unterzeichneten, in der sie sich über die Willkür einiger Befehlshaber beklagten. Ein Mönch soll die Schrift mit unterzeichnet, sodann aber die Urheber angezeigt haben. In Folge dieser Anzeige fanden die vielen Verhaftungen Statt.

— Der Marchese Fagnoni hat bekanntlich zu Gunsten der Jesuiten ein Vermächtniß von 2 Millionen Lire gemacht und an dasselbe die Bedingung geknüpft, daß die Gesellschaft Jesu im lomb.-venet. Königreiche, jedoch außerhalb Mailands und mit Ausschluß der Städte, in denen bereits Jesuitenhäuser bestehen, zwei Collegien errichten müsse, eines zur Erziehung adeliger Jünglinge, das andere zur Erziehung von jungen Leuten aus dem Mittelstande. Diese Bestimmung konnte bis jetzt nicht in Wirksamkeit treten, weil die Güter der Jesuiten bis jetzt im lomb.-venet. Königreiche mit Sequestration belegt waren, und über die Zukunft des Ordens noch nichts verfügt wurde. — Der „Salzb. Corr.“ glaubt nun, daß demnächst eine Verordnung erscheinen werde, welche diese Angelegenheit erledigen soll.

— Nachrichten aus Ancona vom 6. d. zufolge hatte ein gewaltiger Südoststurm viele Schiffe von der dalmatinischen Küste gezwungen, dort Zuflucht zu suchen. Sie hatten alle bedeutend gelitten. Die ältesten Seefahrer erinnern sich keines ähnlichen Sturmes, der ohne alle Vorzeichen entstanden wäre.

Venedig, 22. März. Die traurigen Folgen des letzten Seesturmes kommen nun nach und nach zu unserer Kenntniß. So erfuhr man erst gestern den Schiffbruch des Trabaccolo „Gustavo“ und den Verlust mehrerer Fahrzeuge, deren Eigenthümer sich hier aufhalten. Ersteres segelte mit Holz beladen und vom Capitän Francesco Contese befehligt am 13. d. M. von Cherso ab; am 15. Morgens verlor es die Segel und das Steueruder und, wurde von der Wuth des Windes bis zu den Ufern des sogenannten Cavallino geschleudert. Die Besatzung bestand aus 5 Personen; nur einem Einzigen, Namens Gane, gelang es, auf einem losgerissenen Brett mit größter Anstrengung das Land zu erreichen.

Deutschland.

Berlin, 19. März. Bei dem zunehmenden gefährlichen Leiden Sr. königl. Hoheit des Großherzogs von Baden ist die Frage wegen der künftigen Nachfolge im Großherzogthum, respective der Verzichtleistung des nächststehenden Thronfolgers zu Gunsten seines Bruders leider nicht mehr eine müßige. Die großherzogliche Familie hat sich schon in Bezug auf

die früher beliebte Stellvertretung des Großherzogs und die in Aussicht gestellte Ernennung eines Mitregenten der Erörterung der Frage über Verzichtleistung des Erbgroßherzogs zu Gunsten des Prinzen Friedrich nicht entziehen können. — Wir hören von gut unterrichteter Seite, daß die Successionsfrage für alle Eventualitäten bereits entschieden, und daß Prinz Friedrich den Thron zu besteigen berufen sey. — Einem Gerüchte zu Folge, das jetzt hier in Kreisen circulirt, durch welche es an Wahrscheinlichkeit gewinnt, wird der österr. Ministerialrath, Dr. Hock, während des stattfindenden Zollvereinscongresses sich hier aufhalten. — Nassau wird, wie wir als definitiv feststehend erfahren, bei den Zollconferenzen durch Hrn. Vollpracht, der auch Bevollmächtigter bei den Wiener Conferenzen ist, vertreten werden. — Wie man hört, wird der Herr Minister des Innern den Kammern in Kürze eine Kreis- und Provinzialordnung zur Beschlußfassung vorlegen. — Die Beratung des Zeitungssteuer-Gesetzentwurfes wird wahrscheinlich erst nach Ostern erfolgen.

Bremen, 16. März. Der Gesandte Bremens am Frankfurter Bundestage, Hr. Bürgermeister Smidt, ist gestern hier eingetroffen. Seine Anwesenheit in der Hansestadt wird wahrscheinlich viel zur Beilegung der obschwebenden Differenzen beitragen. An einer bevorstehenden Revision der Bremer Verfassung ist um so weniger zu zweifeln, als letztere für mit den bestimmten Bundeszwecken nicht im Einklang stehend, angesehen wird. Man glaubt aber, daß es dem Bürgermeister im Vereine mit dem Senate gelingen werde, die gewünschten Abänderungen, ohne Dazwischenkunft des Bundescommissärs oder der Bundesexecution, zu Wege bringen.

Hamburg, 20. März. Der Bremer Senat hat gestern den, in der Verfassungsangelegenheit gefaßten Beschluß der deutschen Bundesversammlung publicirt. „Es ist erforderlich“, sagt die Regierung in der Bekanntmachung, „daß dieser Beschluß zur Kenntniß nicht bloß der zeitigen Vertreter der bremischen Staatsbürger, sondern auch der gesammten bremischen Bevölkerung gelangt.“ Der Bundesbeschluß geht nun dahin: 1) daß alle diejenigen Vorschriften der Verfassung vom 5. März 1849, welche vom Senate als mit den Bundesgesetzen im Widerspruch stehend, bezeichnet worden sind, in Wegfall kommen. 2) Da die Bestimmungen der Verfassung vom 5. März 1849 über die Wahl von Senatsmitgliedern sehr bedenklich erscheinen, dürfen in keinem Falle etwaige Ergänzungen in dieser Weise vorgenommen werden. 3) Sehr dringend sind mehrere Veränderungen dieser Verfassung, namentlich eine neue Wahlordnung für die Bürgerschaft und ein neues Gesetz für die Deputationen, daher auf schleunige, eventuell provisorische, neue Bestimmungen in diesen Beziehungen Bedacht zu nehmen ist. 4) Ein Bundescommissär soll nach Bremen gesendet werden, damit derselbe bei den ferneren Schritten des Senats die Rechte und Befugnisse des Bundes wahrnehme und geltend mache; erforderlichenfalls aber, im Einvernehmen mit dem Senate und durch denselben die notwendigen Anordnungen Namens des Bundes provisorisch treffe. 5) Die königl. hannov. Regierung wird ersucht, einen ihrer höhern Staatsbeamten zur Uebernahme dieser Function zu ernennen, so wie Vorkehrungen zu einer militärischen Assistenten zu treffen, über deren Kosten mit dem Bremer Senate ein Uebereinkommen getroffen werden soll. Der von Hannover in Vorschlag zu bringende Bundescommissär hat seine Mission unverzüglich einzuleiten, und die formelle Ernennung durch die hohe Bundesversammlung zu gewärtigen; nach definitiver Ernennung wird er sich nach Bremen begeben und, so bald und so oft das Geschäft es erfordert, Bericht an die h. Bundesversammlung erstatten, deren definitive Genehmigung für alles Veranfaltete vorzubehalten ist.“ — Indem der Senat die Publication dieses Bundesbeschlusses zur allgemeinen Nachachtung verfügt, behält er sich die in Folge desselben weiter erforderlichen Schritte vor.

— Wie der „A. A. Ztg.“ aus München gemeldet wird, wäre die seit einiger Zeit schwebende Ministercrisis noch nicht beseitigt. Die Ursachen derselben liegen theils in Meinungsverschiedenheiten über

die Zolleinigungs- und Zollvereinsfrage, theils in den kirchlichen Angelegenheiten, namentlich der Stellung zu den Missionen. Se. Majestät der König hat nämlich an die Bischöfe die Weisung erlassen, daß bei noch abzuhaltenden Missionen von den Patres Jesuiten Umgang genommen werde. Dem Bischof von Speier wurde indeß in Anbetracht der besondern Verhältnisse der Provinz unter Vorbehalt des Widerrufs erlaubt, Jesuiten-Patres zu Missionen zu verwenden, jedoch nur so lange bis es möglich werde, Redemptoristen oder andere Missionäre zu erlangen.

— Aus Frankfurt a. M. wird gemeldet: Die Nachricht, daß im Großherzogthume Hessen unverweilt, und gleichzeitig in allen Orten eine Getreideaufnahme bei allen Produzenten und Händlern vorgenommen werden solle, um sich vollkommene Sicherheit über den wirklichen Bestand der Vorräthe zu verschaffen, hat unmittelbar ein Weichen der Preise aller Cerealien zur Folge gehabt.

— Der Bundestag hat in seiner letzten Sitzung die churheffische Verfassungsangelegenheit berathen und einen Beschluß gefaßt, nach welchem die sämmtlichen Gesandten betreffende Instructionen einzuholen haben. Eine in dieser Angelegenheit entscheidende Sitzung wird in 14 Tagen Statt finden.

— Der außerordentliche Gesandte des Königs von Württemberg, Baron Linden, wurde am 19. d. von dem König von Preußen empfangen. Baron Linden war der Ueberbringer eines Schreibens, in welchem sich Se. Majestät der König von Württemberg über eine in vielfach bewegter Zeit geschehene Äußerung in zufriedenstellender Weise erklärt.

— Die württemberg'sche Regierung hat bei dem Umstände, daß gegenwärtig viele österreichische Sechskreuzerstücke in Württemberg in Umlauf sind, die Annahme dieser Scheidemünze bei den Cassenämtern verboten.

— In der churheffischen Verfassungsangelegenheit lauten die Ausschüßanträge in der Bundesversammlung folgendermaßen: 1) Genehmigung des Verfahrens der Bundescommissäre. 2) Den Regierungen von Oesterreich und Preußen ist die Bundesversammlung zu lebhaftem Danke für ihre föderativen Bestrebungen verpflichtet. 3) Der bisherigen Landesverfassung in Churheffen ist eine andere zu substituieren.

Schweiz.

In der Sitzung des kleinen Rathes zu Basel ist auf Veranlassung des Bundesrathes der Antrag gestellt worden, die Pressfreiheit zu beschränken. Es ist dieß eine Folge der von einem Theile der Baseler Presse gegen den Präsidenten Louis Napoleon gerichteten Schmähungen.

Italien.

Rom, 15. März. Das „G. di Roma“ berichtet: Se. Heil. der Papst hat heute im Vatican ein geheimes Consistorium abgehalten und dort nach kurzer Allocution zu Cardinälen der heil. römischen Kirche ernannt:

Monsignor Domenico Lucciardi, Bischof von Sinigaglia, geboren zu Carzana, 8. December 1796.

Monsignor Donnet, Erzbischof von Bordeaux, geboren in der Erzdiocese Lyon 1793.

Monsignor Girolamo d'Andrea, Erzbischof von Meditene, Secretär der heil. Congregation des Conciliums, geboren zu Neapel, 12. April 1812.

Monsignor Morichini, Erzbischof von Nisibi, Generalschatzmeister der hochw. apostol. Kammer und Präsident der Epitalescommission, geboren zu Rom, 21. November 1803.

Zwei Ernennungen in petto fanden sodann Statt. Se. Heil. nahm sodann die Besetzung mehrerer Kirchen vor, und unter andern:

Jene der Patriarchalkirche zu Venedig für Monsignor Gianpietro Aurelio Mutti, früherer Bischof von Verona; der Cathedralkirche zu Verona für den hochw. D. Giuseppe Luigi aus Treviso, venetianischem Priester, Canonicus an der Patriarchalkirche daselbst u.

Er. Heiligkeit wurde sodann das Ansuchen um Verleihung des h. Palliums für die Patriarchalkirche

von Venedig und die Metropolitankirche von Colocza und jener von Toulouse gestellt.

Frankreich.

Paris, 19. März. Der „Constitutionnell“ verkündet das baldige Erscheinen eines Decretes über die Communal- und Departemental-Administration, welches sehr viel zur administrativen Decentralisation beitragen wird.

Der Herzog von Rianzares, Gemahl der Königin Christine von Spanien, ist seit gestern wieder in Paris.

Man machte gegen die Rentenconversion den Einwurf, daß diese Maßregel die kleinen Rentiers besonders hart betreffen werde. Aus diesem Anlaß hat der „Moniteur“ ein Decret veröffentlicht, wonach 5 % Rentenscheine al pari in die Versorgungscassen bis zum Betrage von 600 Fr. Renten eingelegt werden können.

Der „Moniteur“ enthält ein Decret, welches die Vereinigung des Louvre und der Tuilerien verfügt. Der Caroussel-Platz soll eine neue Fassade erhalten und seine allzu große Ausdehnung durch die Anlegung von Alleen und Esplanaden gemildert werden. Der Architect Visconti ist mit der Vollführung dieser Arbeiten beauftragt.

Der „Moniteur“ enthält heute ein Decret, welches einen Hauptübelstand der kürzlich verfügten Rentenumwandlung auf sinnreiche Weise abhilft: die Rentenscheine werden bei der seit anderthalb Jahren errichteten Pensionscasse al pari als bare Einzahlung angenommen. Da dieselbe 5 % auszahlt, wobei jedoch das Maximum der von einer einzelnen Person zu beziehenden Interessen auf 600 Fr. festgesetzt ist, so haben die kleinen Rentiers nun ein Mittel, ihr Papier ohne Verlust und weitere Förmlichkeiten ebenfalls unter Staatsgarantie anzulegen.

Die französischen Minister beziehen jeder einen Jahresgehalt von 100.000 Francs. Der Kriegsmi- nister und der Minister des Auswärtigen haben außerdem eine Zulage von 30.000 Francs für Repräsentationskosten.

Der französische Gesandte in London, Graf Balesky, ist am 18. d. von Paris auf seinen Posten abgereist.

Großbritannien und Irland.

London, 17. März. Oberhaus-Sitzung am 16. März. Earl Granville überreicht eine Petition von Banquiers und Kaufleuten aus Liverpool, welche bitten, daß der Ungewißheit über die Zukunft der freien Kornzufuhr schleunigst ein Ende gemacht werde. — Der Herzog von Newcastle meldet auf Donnerstag eine ähnliche Petition aus Manchester an. Auf Lord Brougham's Antrag wird die Bill (zur weitem Ausdehnung der Competenz der Grasschafts-Gerichte) zum dritten Mal gelesen. — Der Marquis of Clanricarde fragt an, ob es die Absicht Lord Derby's sey, in der Verwendung der Erziehungsgelder in Irland eine Aenderung vorzunehmen? Lord Derby glaubt, ein parlamentarischer Untersuchungs-Ausschuß, den er bereits vor 2 Jahren vorschlug, könnte manchem Uebelstand abhelfen.

Mr. Napier beantragt einen Sonder-Ausschuß, um die bedrohlichen Zustände in den Grasschaften Armagh, Monaghan und South in Irland zu untersuchen. Der Antrag wurde angenommen.

Rußland.

Im Königreiche Polen ist eine Verordnung publicirt worden, nach welcher die Juden vom 1. Juli dieses Jahres in folgende fünf Classen eingetheilt werden: 1) Kaufleute, 2) Feldbautreibende, 3) Handwerker, 4) Stadtbewohner und 5) in solche, die keinen bestimmten Aufenthalt haben. Sämmtliche Juden haben bis zum 1. April anzugeben, in welche Classe dieselben einzuschreiben sind. Rabbiner und Lehrer gehören in die 4. Classe. Man hofft in dieser Weise den Juden das Schmuggelgeschäft fast unmöglich zu machen, so wie denn auch durch Verlust der Brautweinschänken der verderbliche Einfluß der Juden auf die ländliche Bevölkerung vermindert werden wird.

Neues und Neuestes.

Wien, 23. März. Se. Excellenz der prov. Marine-Obercommandant FML. Graf Wimpffen, hat folgenden neueren Bericht an das allerhöchste Armee-Obercommando erstattet:

Friest, 21. März.

Durch die gütigen Mittheilungen Sr. Excellenz des Herrn Generals der Cavallerie v. Borzkowski erfahre ich, daß die bei Punta Maestra aufgefundenen Bruchstücke eines Schiffes im Arsenal von Venedig wirklich als dem k. k. Dampfer „Marianna“ angehörig durch die dortigen Werkmeister erkannt wurden, und daß nach den Spuren, welche dieselben an sich tragen, kein Zweifel obwaltet, daß dieser Dampfer durch Feuer und Explodirung der Pulverkammer zu Grunde gegangen ist.

Durch eine telegraphische Depesche aus Bologna wird mir gleichfalls mitgetheilt, daß der durch den Commandanten der Golette „Sphinx“ nach Gervia gesendete Schiffsführer Milosich den dort gestrandeten Wrack als die linke Seite des Hinterdeckes des Dampfers „Marianna“ erkannt habe, und nach einer Meldung des k. k. Consularagenten in Rimini, die mir vom Schiffslieutenant Schwarz aus Ancona gesendet wird, sollen die zwei aufgefundenen Boote ebenfalls Kriegsboote, der Wrack aber dem Dampfer „Marianna“ angehörig seyn.

Der Consularagent spricht die Ansicht aus, daß dieses Schiff durch Explosion zu Grunde gegangen seyn müsse.

Uebrigens sollen auch Leichen aufgefunden worden seyn, welche der Kriegsmarine anzugehören scheinen. Darüber erwarte ich indeß nähere Angaben.

Nach diesen Nachrichten ist es somit erwiesen, daß der k. k. Dampfer „Marianna“ nicht durch die Gewalt des Sturmes oder durch ein verfehltes Manöver, sondern durch ein Unglück den Untergang fand, welches höchst selten in der Art abgewendet werden kann, um in offener See, bei Nacht und stürmischem Wetter eine Rettung des Schiffes und der darauf eingeschifften Individuen anhoffen zu lassen.

Wolle ein Allerhöchstes Armee-Obercommando diese ganz gehorsamste Meldung zugleich als eine notwendige Berichtigung der in meinem unterthänigsten Berichte, vom 17. d. M. ausgesprochenen Ansicht allergnädigst ansehen.

Telegraphische Depeschen.

— Bremen, 23. März. Der hannov. Generalmajor Jacobi ist heute Nachmittags als Bundescommissär hier eingetroffen.

— Turin, 21. März. Der Finanz-Minister legt der Kammer abermals 5 neue Gesepentwürfe vor. Der Redacteur der „Gazetta popolare“ aus Cagliari ist wegen eines Aufsatzes über die Unruhen auf der Insel Sardinien verhaftet worden.

— Brüssel, 22. März. Die Geschworenen haben den Grafen d'Haussonville und Herrn Thomas, die Redacteurs des „Bulletin français“, freigesprochen.

— London, 23. März. Lord John Russell erklärt, er werde die Regierung bei der Ausführung der wichtigsten Geschäfte unterstützen und die Steuern bewilligen.

Concert.

Die philharmonische Gesellschaft gibt heute in ihrem gewöhnlichen Concert-Local, das ist im Saale des deutschen Ordenshauses, ein öffentliches Vocal- und Instrumental-Concert zum Besten der gewandten und stets mit Beifall gehörten Sängerin und Gesanglehrerin des Vereines, Fräulein Fanni v. Stewart. Der Anschlagzettel zeigt, daß die Auswahl der vorkommenden Stücke mit Sorgfalt getroffen wurde. Dieses, und die Verdienste, welche sich das Fräulein als Gesanglehrerin sowohl, als durch ihre häufige Mitwirkung bei den öffentlichen und Vereins-Concerten erwarb, dürften einen zahlreichen Besuch dieses öffentlichen Concertes voraussetzen lassen.

der 1ten k. k. priv. Donau-Dampfschiffahrt-Gesellschaft.